

LINKS DER ACHSE



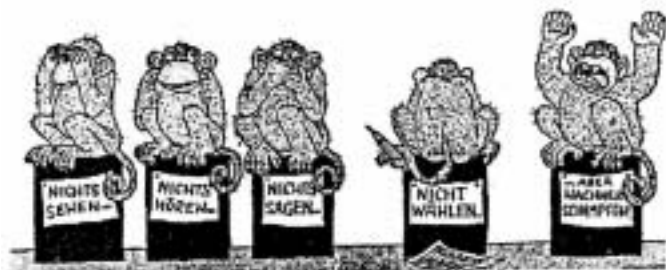
Auf alle Fälle wählen

Noch besser: richtig wählen

Am 28. September geht es um die Wahl des bayrischen Landtags und des oberbayrischen Bezirkstages. Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr und sorgen Sie dafür, dass sich die Politik in Bayern ändert.

Und natürlich ist es am besten, wenn Sie die sozial gerechtere Variante nehmen: wählen Sie die SPD. Es ist Zeit für einen Wechsel: nur in Kuba, China und Bayern ist seit 50 Jahren die gleiche Partei an der Regierung. Mehr als 50 Jahre - das sorgt für Verfilzungen in der Regierung und für Filz im Regierungsapparat und den nachgeordneten Stellen.

Wir - die SPD - haben die besseren Ziele. Lesen Sie in „Links der Achse“ über Bildungspolitik, Mindestlohn, Pendelpolitik der CSU, ...



Unser Ziel ist es, dass die CSU die Quittung für ihre ungerechte Politik erhält: 50% minus XXL.

In dieser Ausgabe

Franz Gnadt	2
Bayern "anständige" Demokratie? ..	3
Franz Maget	4
Schulen	5
Peter Aumeier	6
Maget in Grassau	7
Jugend zur Wahl	8
Der Ausstieg vom Ausstieg?	9
Gegen Politik der sozialen Kälte...	10
CSU ein Pendel!	11
Wer soll das bezahlen?	12
Tourismus	13
Schöller - Ruwel	14
SPD-Familienfest	14
Beispiel zum Energiesparen!	15
Rätsel	16
BEIDE STIMMEN SIND WICHTIG! ..	16

Ein anständiger Bayer ist werteliberal - nicht wirtschaftsliberal. Ein anständiger Bayer ist zugleich weltoffen und tolerant. Aber ein anständiger Bayer lässt sich auf keinem Fall von einem von der CSU vorschreiben, was ein anständiger Bayer ist!

Wahl zum Landtag - Wahl zum Landtag - Wahl zum Landtag

Franz Gnadl

Für unsere Region in den Landtag

Politik in Bayern ist zu einem Thema geworden, das bei vielen Bürgern negative Emotionen auslöst. Durch Entscheidungen, denen es an Ehrlichkeit, Genauigkeit und gesundem Menschenverstand fehlt, sowie den Missbrauch unseres Glaubens zu parteilichen Zwecken haben viele Menschen das Gefühl, dass die wichtigsten Probleme in unserem Land überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Das Vertrauen in die Volksvertreter ist oft nachhaltig gestört. Eine gefährliche Entwicklung für die Demokratie, da immer mehr enttäuschte Wähler zu radikalen Gruppierungen in die linke oder rechte Richtung abwandern.

Dabei liegt es an uns Politikern selbst, ob die Wähler Vertrauen und Glauben in unsere Arbeit haben. Wir müssen ihnen Tugenden wie Aufrichtigkeit, Toleranz, Gerechtigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Disziplin, Mäßigung und Fleiß vorleben und diese Werte in sämtliche politischen Entscheidungen einfließen lassen. Bayern braucht Politiker, die Realismus und Idealismus in ein Gleichgewicht bringen, die klar unterscheiden, wo Kompromisse möglich sind und wo nicht, und die einsehen und zugeben können, dass auch die andere Seite manchmal Recht hat.



An erster Stelle in der Politik stehen für mich die Menschen in unserem schönen Land. Ihre Grundsätze und Anliegen müssen das Herz unserer Politik sein und die Eckpfeiler jeder politischen Entscheidung. Dafür stehe ich und kandidiere am 28. September für den Landtag.

Ihr bürgerlicher Sozialdemokrat



Weitere Informationen und Kontakt
unter Telefon: 0700-0 227 0 227,
e-Mail: franz.gnadl@t-online.de,

www.franz-gnadl.de

Meine Ziele für unsere schöne Region

- Erhalt der wohnortnahen Schulen, damit unsere Kinder in ihrem Heimatort unterrichtet werden können.
- Bewahren unserer schönen Kulturlandschaft durch Unterstützung der Landwirte mit einem bayerischen Weg.
- Unterstützung der traditionellen Familienstrukturen und Verbesserung des Angebotes zur Kinderbetreuung, damit Beruf und Familie besser vereinbar sind.
- Beseitigung von Seilschaften, die sich in 50 Jahren CSU-Dirigismus auch bei uns gebildet haben.
- Verbesserung des Tourismus durch Modernisierung der Strukturen, Einbindung der Wirtschaft und größere Unterstützung durch den Freistaat.
- Stärkung der Wirtschaftsstandorte durch eine Verbesserung der Situation, unter anderem im Güterverkehr.

Franz Gnadt - zur Person:

- geboren 1959 auf dem elterlichen Bauernhof in Übersee
- verheiratet, zwei Töchter
- sechs Jahre Bürgermeister von Übersee
- im Überseer Gemeinderat seit 1996
- Kreistagsmitglied seit 2008
- Vorstandsmitglied im SPD-Ortsverein Übersee seit 1990
- heimatverbunden, christlich, sozial



Ist Bayern eine "anständige" Demokratie?

Kommentar von Gustav Starzmann, MdL a.D.



Seit 1918 gibt es in Bayern freie, gleiche und geheime Wahlen, drei wesentliche Merkmale, ob ein Staat demokratisch ist. Dass diese Errungenschaften einer Revolution der anständigen Bayern allerdings ständig verteidigt und auch praktisch mit Leben erfüllt werden müssen, wenn sie nicht untergehen sollen, zeigte die Zeit der Hitler-Diktatur von 1933 bis 1945.

Ein weiteres wesentliches Merkmal der Demokratie fehlt Bayern allerdings: eine von Zeit zu Zeit stattfindende Auswechslung der Regierungspartei. Seit Jahrzehnten regiert in Bayern nun immer nur und allein die CSU. Auch wenn es die Wähler selber waren, die es so bestimmt haben: auf der ganzen Welt führen jahrzehntelange Alleinregierungen einer Partei zu Filz und zu undemokratischen Abhängigkeiten zwischen

dieser Partei und der Staatsverwaltung. So auch in Bayern.

So gesehen ist der wiederholte Satz von Ministerpräsident Beckstein, dass nämlich "ein anständiger Bayer CSU wählt" nicht nur unanständig sondern auch höchst undemokratisch. Ein "anständiger" Bayer wählt nämlich so, dass auch in Bayern das wesentliche Merkmal der Demokratie möglich wird: der Regierungswechsel.

**Impressum****Mitarbeiter an dieser Ausgabe:**

Olaf Gruß

Dieter Hahn

Walter L. Rackl

V.i.S.d.P.:

Walter L. Rackl

Wöhrstraße 1

83224 Grassau

Maget ist Spitze - Maget ist Spitze - Maget ist Spitze - Maget

Franz Maget

Spitzenkandidat für die bayerische Landtagswahl



Franz Maget, 55, ist SPD-Spitzenkandidat für die bayerische Landtagswahl am 28. September. Der Münchner führt seit dem Jahr 2000 die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag und sitzt seit 2007 im Präsidium der Bundes-SPD. Franz Maget ist SPD-Mitglied seit 1971 und Mitglied des Landtags seit 23.10.1990, er ist Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Ältestenrats

Magets Politik auf einen Blick:

- Gleiche Bildungschancen für alle.
- Mehr Ganztagschulen und Kinderkrippen.
- Kleinere Klassen, mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall.
- Weniger Leistungsdruck, Reform der Lehrpläne.

Gute Arbeit für Bayern.

- Gesetzlicher Mindestlohn für alle Branchen.
- Eltern müssen Beruf und Kinder vereinbaren können.
- Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
- Unsichere Beschäftigungsverhältnisse eindämmen.
- Altersarmut bekämpfen.

Nachhaltig wirtschaften.

- Verbindliche Klimaziele für Bayern.
- Effiziente Mobilitätskonzepte. Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Erneuerbare Energien und Umwelttechnik als Jobmotor.
- Schulden abbauen.
- Privatisierungswahn stoppen



Von links: Franz Gnadl, Franz Maget und Rudi Jantke am Biomassehof



Franz Maget mit Ehefrau Dorothea auf der Staffn Alm

Schulen

Die Schule muss im Dorf bleiben

Die abgelaufene Legislaturperiode des Bayerischen Landtags ist geprägt vom Versagen der Staatsregierung und der CSU-Landtagsmehrheit in der Schulpolitik.

Beckstein, Schneider und Co. ist es nicht gelungen, die zahlreichen schulpolitischen Baustellen zu schließen. Im Gegenteil sie öffneten immer wieder neue Baustellen. Dramatischer Lehrermangel, übervolle Schulklassen, Leistungsdruck und zunehmender Schulstress prägen die Schullandschaft seit Jahren. Die Zukunftschancen der Schüler und Schülerinnen hängen vom Geldbeutel der Eltern ab, es gibt zu wenig Ganztagsangebote, die dringend notwendige Schulsozialarbeit ist Mangelware.

Versagen der Staatsregierung

Über viele Jahre bemühten sich die Kommunen mit großem finanziellen Aufwand ihre Hauptschulen auf den neuesten Stand zu bringen. Dann beschloss die Staatsregierung, die Real-schulzeit auf 6 Jahre zu verlängern und damit den Übergang der Schüler bereits nach der vier-ten Schulklasse. Einerseits wird dadurch die Aus-lese bei den jüngsten Schülern pädagogisch un-sinnig verschärft. Andererseits gehen den Haupt-schulen die Schüler verloren, so dass sie an vie-len Orten in ihrer Existenz bedroht sind. Schon jetzt sind alle Teilhauptschulen geschlossen. Zu-dem werden der CSU-Bildungspolitik in den nächsten Jahren eine Vielzahl von Hauptschulen zum Opfer fallen.

Dazu müssen die Kommunen, welche durch den Ausbau der Hauptschulen schon genügend be-lastet waren, auch noch über die Kreisumlage den Ausbau der Realschulen finanzieren.

Anstatt über neue Schulstrukturen nachzudenken oder Minderklassen zu genehmigen und so die wohnortnahen Grund- und Hauptschulen zu erhalten, werden gegen den Widerstand der Eltern Kombiklassen eingeführt.

Büchergeld

In den letzten Jahren hat die Regierung wieder-holt gezeigt, dass sie nicht weiß, was sie will. Erst führt sie gegen den Widerstand der Eltern und der Kommunen mit hohem bürokratischen Aufwand das Büchergeld ein, dann mit Blick auf

die Kommunalwahlen schafft sie es wenig später wieder ab. Erst lehnt sie mehrmals die Anträge der SPD auf Neueinstellung weiterer Lehrkräfte im Landtag, dann wenige Wochen vor der Wahl erkennt sie diese Notwendigkeit und verspricht neue Lehrer. Da sie aber über Jahre den Lehrer-Nachwuchs aus Bayern verprellt hat, muss sie nun in anderen Bundesländern und sogar in Österreich nach Lehrern suchen. Noch dazu werden junge Hauptschullehrer zum Dienst an die Realschulen abgeordnet. Dort sollen sie die Tätigkeit von Realschullehrern erfüllen, aber bei gleicher Bezahlung wie zuvor an der Hauptschu-le. Eine billige Lösung zu Lasten der jungen Leh-rer.

Bayern droht den Anschluss zu verpassen.

Die Staatsregierung war in den letzten 5 Jahren nicht in der Lage, die schulpolitischen Probleme in Bayern auch nur annähernd zu lösen. Trotz frühzeitiger Warnhinweise von vielen Verbänden sowie unzähligen Petitionen zu den Problemen der Schulen, war die CSU Regierung nicht be-reit, ihre Politik an die schulischen Entwicklungen und Bedürfnisse anzupassen. Nicht nur die Rahmenbedingungen an den Schulen werden kontinuierlich schlechter, Bayern läuft zudem Gefahr, in Sachen Schulentwicklung national und international zurück zu fallen.

Keine Zweiklassenbildung

Trotz deutlicher Steuermehreinnahmen ist die CSU nicht bereit, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dies lässt nur den Schluss zu: die CSU ist reformunfähig und nicht in der Lage, die Probleme der bayerischen Schulpolitik zu lösen. Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel. Un-abhängig vom Einkommen der Eltern müssen alle Schüler die gleiche Chance auf Bildung und Beruf haben. Mit der CSU werden sich die Zu-kunftschancen der bayerischen Schülerinnen und Schüler weiter verschlechtern.

Bayerns Zukunft:

Was die Bayern-SPD machen wird.

- Die Bildungsmilliarde für Bayern, verteilt auf vier Jahre
- Keine Klasse mit mehr als 25 Schülern. Kei-ne Unterrichtsausfälle
- Individuelle Förderung für jedes Kind
- Das Recht auf Ganztagsschulplatz, um mehr Zeit zum Lernen zu haben
- Die Entwicklung passgenauer Schulland-schaften auf Landkreisebene

Bezirkstag - Bezirkstag - Bezirkstag - Bezirkstag - Bezirkstag

Peter Aumeier

Unser Kandidat für den Bezirkstag

LdA: Der Bezirkstag wird in der Öffentlichkeit nicht so stark wahrgenommen. Wie siehst du deine Chance als künftiger SPD-Bezirksrat in die Arbeit des Bezirkes eingreifen zu können?

Es muss nicht unbedingt von Nachteil sein, wenn man in der Öffentlichkeit nicht so stark wahrgenommen wird. Oft kann dann sogar wesentlich unaufgerechter und zielorientierter gearbeitet werden. Der Bezirk leistet wichtige Arbeit gerade auf dem sozialen Sektor, der in Zukunft einen noch größeren Stellenwert bekommen wird. Der Mensch ist heute vielen Anforderungen ausgesetzt und da ist es wichtig, dass das soziale Umfeld stimmt und er auch in einer Notlage unkomplizierte Hilfe bekommt. Ich persönlich werde mich dafür einsetzen, dass der Einzelne wieder mehr als Mensch wahrgenommen wird mit all seinen individuellen Bedürfnissen und nicht nur als jederzeit ersetzbare funktionierende Arbeitskraft.

LdA: Welche Themen beschäftigen dich im Wahlkampf um den Sitz im Bezirkstag?

Ich bin da nicht auf einzelne Themen festgelegt. Es geht um Menschen und da muss man für alle Themen ansprechbar bleiben. Natürlich hat jeder so seine Schwerpunkte, bei denen er sich auskennt - bei mir liegen diese auf dem Energiesektor. Nach meiner Meinung wird das Thema Energie auch immer größere soziale Auswirkungen haben, weil gerade diejenigen, die keine Großverdiener sind, am meisten unter den enormen Energiekosten zu leiden haben. Hier ist sicherlich ein Dialog mit Kommunen und anderen öffentlichen Stellen notwendig, um hier effiziente und zukunftsweisende Konzepte zu erarbeiten, die den Einzelnen entlasten.

LdA: Peter, der Bericht zur sozialen Lage in Bayern ist von Januar 2001. Seitdem hat sich viel getan. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinander gegangen. Ein neuer Bericht vor den Wahlen ist unwahrscheinlich. Welche Themen besetzt du in diesem Spannungsfeld?

Richtig, die soziale Schere öffnet sich auch in Bayern immer weiter. Aber in Bayern wird darüber natürlich nicht so gerne gesprochen. Wenn eine Partei schon so lange wie bei uns an der



Peter Aumeier
Kaminkehrermeister und
Energieberater,
Bezirkstagskandidat

SPD-
Vorsitzender
Kirchanschöring,
Neue Medien im
Kreis

Macht ist - die ja durch Ihre absolute Mehrheit in der Lage wäre, Missstände zu ändern - dann will man natürlich nur Erfolge verkünden. Aber es gibt sie nun mal diese soziale Ungerechtigkeit und sie beginnt gerade in Bayern schon sehr früh. Wenn man sich vorstellt, dass man locker 4,2 Milliarden Euro in der Landesbank vergeigt und sich auch noch einen teuren Transrapid leisten wollte, aber auf der anderen Seite keine 100 Millionen Euro übrig hat für ein freies Kindergartenjahr, dann sagt das alles. Hier ist es wichtig, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen. Es kann nicht angehen, dass eine Partei mit den Wörtern christlich und sozial im Namen immer nur nach Elitedenken handelt. Jeder Mensch hat seinen Platz in der Gesellschaft, die nur solidarisch funktioniert.

Welche Ziele steckst du dir für den Bezirkstag?

Als Sozialdemokrat sehe ich die solidarische Gemeinschaft immer als oberstes Ziel. Für mich ist es immer reizvoll, neue Herausforderungen anzunehmen. Man sollte sich im Leben immer wieder neuen Aufgaben stellen. Das ist eine Bereicherung für einen selbst und wenn man Glück hat auch ein Vorteil für die Mitmenschen. Am Bezirkstag reizt mich die Nähe zur Region. Im unmittelbaren Umfeld kann man einfach Probleme viel schneller erkennen und lösen. Darum werde ich mich auch für eine Stärkung und Reform des Bezirkstags einsetzen. Die Bezirke müssen in die Lage versetzt werden, Regionalmanagement zu betreiben um damit eine Verkleinerung der aufgeblähten Ministerien zu erreichen. Ich stelle mich zur Wahl, weil nur eine politische Vielfalt ihren demokratischen Auftrag erfüllen kann, eine Vielfalt wie sie sich auch in der Gesellschaft wieder findet. Darum SPD wählen und Vielfalt gewinnen. Unser Land heißt immer noch Bayern und nicht CSU Bayern.

Maget in Grassau

Grassauer SPD mit dem Spitzenkandidaten zur Staffn-Alm

Grassau und das Achantal seien auf dem richtigen Weg, durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien in der Zukunft die Unabhängigkeit von Energieeinfuhren zu erreichen betonte der bayerische SPD-Vorsitzende Franz Maget auf der Staffn-Alm bei der Bergwanderung der Grassauer SPD unter dem Motto Links bergauf.



Stefan Kattari erklärt Franz Maget und den Bergwanderern der SPD die Flora am Wegesrand

Trotz unsicheren und bedeckten Wetters machte sich eine große Zahl von Interessierten auf den Weg von der Talstation der Hochplattenbahn in Niedernfels zur Staffn-Alm. Neben Franz Maget, konnte der Grassauer SPD-Vorsitzende Dr. Dieter Hahn auch die Landtagskandidaten der SPD Franz Gnadl aus Übersee und Günter Zellner aus dem Landkreis Altötting begrüßen, der auch Vorsitzender der DGB Region Südost-Oberbayern ist. Mit dabei waren auch der stellvertretende Landrat Sepp Konhäuser, Altbürgermeister Raimund Schupfner und die ehemaligen Abgeordneten des Landtags Gustav Starzmann und des Bundestags Herrmann Schätz.

Auf dem Weg erläuterte Stefan Kattari jun. die artenreiche Flora am Wegesrand, von der Waldrebe über die vielfältigen Orchideen, von denen nur noch die Samenstände zu sehen waren, bis hin zu den gerade in Blüte kommenden Enzian-Arten. Daneben wies er aber auch auf die Gefährdung der Natur, insbesondere auf das zunehmende Ulmensterben hin. Wichtig war ihm zudem der Hinweis auf die vielfältigen Waldfrüchte am Wegesrand und der Hinweis: Denkt

dran, die schwarzen Beeren sind die schlechten, die Tollkirschen, nur die Roten sind die Guten!!



Franz Maget spricht in der Staffn Alm zu lokalen Themen

Franz Maget, ein gern gesehener Gast im Achantal

Auf der Staffn-Alm freute sich Bürgermeister Rudi Jantke, dass er nun Franz Maget in diesem Jahr zum dritten Mal im Achantal, diesmal auf der Staffn-Alm an einem der schönsten Orte Grassaus begrüßen könne. So habe Maget in Übersee das Gespräch mit den Bauern gesucht und in Grassau den neugeschaffenen Biomassehof besucht.

Stellvertretender Landrat Konhäuser drückte seine Hoffnung aus, dass nach der Wahl endlich entscheidende Maßnahmen in der Entwicklung des Tourismus ergriffen werden. Dieser für unsere Region so wichtige Wirtschaftszweig müsse durch die Schaffung neuer zukunftsweisender Strukturen so gestärkt werden, dass er im immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb bestehen könne.

Klares Nein zur grünen Gentechnologie

Der Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl Franz Maget freute sich in seinem Beitrag, in einem der schönsten Gebiete in Bayern zu Gast zu sein. Zudem komme er auch immer gern in einen Ort, in dem die SPD schon seit 1986 zu-

erst mit Raimund Schupfner und jetzt mit Rudi Jantke den Bürgermeister stelle und seit den Kommunalwahlen die SPD auch die stärkste Fraktion im Marktgemeinderat bilde. Dies sei insbesondere ein Beleg dafür, was politisch im Süden Bayerns mit einer engagierten, am Bürger ausgerichteten Arbeit erreicht werden kann. Das Gespräch zusammen mit Franz Gnadl bei den Milchbauern in Übersee habe ihm gezeigt, dass die Bauern immer mehr erkennen, dass sie bei der CSU keine Antworten auf die sie drängen-

vielen Verbindungen zu den Arbeitnehmern in den Betrieben der Region.

Erster Schritt in die energetische Unabhängigkeit des Achentals

Mit der Eröffnung des Biomassehofs in Grassau habe das Achenal den ersten Schritt in Richtung energetischer Unabhängigkeit getan, so Maget. Durch die Nutzung heimischer Rohstoffe und die Nutzung regenerativer Energien könne sich die Region in einem ehrgeizigen Zeitplan frei von Energieimporten machen. Man müsse in Zukunft



den Probleme finden. Die SPD hingegen habe zur grünen Gentechnologie schon seit Jahren klare Standpunkte. Wir lehnen gentechnisch verändertes Saatgut und genmanipulierte landwirtschaftliche Produkte ab. Deshalb brauchen wir auch im Landtag, so Maget, Vertreter wie Franz Gnadl mit seinem direkten Draht zu den Bauern oder auch wie Günter Zellner mit seinen

den Blick öffnen für derartige intelligente und regional bezogene Lösungen, um wirklich unabhängig zu werden und auch zeigen, dass es ohne die Atomenergie gehe. Es gebe bereits eine Vielzahl von Beispielen in unterschiedlich großen Orten, bei denen dieses Ziel bereits erreicht wurde, führte Maget abschließend aus.

Wählen Sie richtig – Wählen Sie richtig – Wählen Sie richtig –

Aus unserem Wahlprogramm – Aus unserem Wahlprogramm

Jugend zur Wahl

Mitentscheiden und mitreden

- Auch für junge Menschen ist der Gang zur Wahlurne wichtig!
- Durch Deine Wahl kannst Du mitentscheiden, was in Deinem Bayernland passiert.
- Selbst etwas einbringen!
- Es geht besonders um Deine Zukunft!
- Jugend muss wählen, sich engagieren, weil sie die Folgen heutigen Handelns in den kommenden Jahren tragen muss

Die Grassauer SPD empfiehlt:



Landtagswahl:

Erststimme: **Franz Gnadl**
Liste 2 (kleiner Wahlzettel)

Zweitstimme
(großer Wahlzettel) Liste 2 SPD
Nr. 203: **Günter Zellner**

Bezirkstagswahl:
Erststimme: **Peter Aumeier**
Liste 2 (kleiner Wahlzettel)

Zweitstimme (großer Wahlzettel) Liste 2 SPD
Nr. 226: **Guido Buboslawski**



Aus unserem Wahlprogramm – Aus unserem Wahlprogr

Der Ausstieg vom Ausstieg? Keine neuen Atomkraftwerke!

Die Ölpreise klettern, Wirbelstürme und schmelzende Gletscher lassen uns die vom immer noch anwachsenden CO₂-Ausstoß verursachten Klimaänderungen spüren, wir brauchen eine saubere Energiequelle! Warum sollten wir in dieser Situation auf die Kernenergie verzichten? Warum sollten wir die bestehenden AKWs nicht noch ein bisschen länger laufen lassen, vielleicht später sogar noch neue bauen?

Die Antwort der SPD auf diese Frage ist klar und unmissverständlich:

- Kernenergie ist weder sicher, noch sauber noch kostengünstig! Ihr Einsatz ist nicht verantwortbar. Der Brennstoff Uran ist nur begrenzt vorhanden.

Überall, wo Atomkraftwerke betrieben werden, kommt es immer wieder zu Störfällen, auch bei uns in Deutschland, trotz des hohen technischen Standards. Niemand kann einen atomaren GAU – wie er in Tschernobyl aufgetreten ist – mit Sicherheit ausschließen. Die Folgen wären angesichts der hohen Bevölkerungsdichte verheerend.

Ein Atomkraftwerk sauber zu nennen, angesichts des von ihm produzierten Atom Mülls, grenzt an Zynismus. Die Rückstände des „sauberen“ Atomstroms müssen über eine Million Jahre sicher eingelagert werden, eine Lösung zu diesem Problem ist heute noch nicht gefunden. Die Versuche mit mittel- und schwach radioaktivem Material im Bergwerk Asse zeigen jedenfalls eher Probleme als Lösungen. Der CSU-Vorsitzende und vehemente Befürworter der Atomenergie Erwin Huber jedenfalls lehnt die Schaffung eines Endlagers für Atom Müll in Bayern rigoros ab.

Die Erzeugung von Strom in Atomkraftwerken ist teuer. Heute schon. Seit dem Jahr 2000 ist der Uranpreis um das Zwanzigfache gestiegen. Und da die Vorräte nach aktuellen Schätzungen 2050 erschöpft sein werden, ist ein Ende der Teuerung nicht absehbar.

Was wir brauchen, in Bayern wie in der gesamten Bundesrepublik, ist der Ausbau der Erzeu-

gung und Nutzung erneuerbarer Energien. Sonne, Wind, Wasser, Geothermie und Biomasse bieten unbegrenzte Ressourcen. Biomasse als Wärmeerzeuger ist nahezu CO₂-neutral.

Eine im Auftrag der Bundesregierung kürzlich erstellte Abschätzung der Potentiale zur Erzeugung von Strom auf Basis erneuerbarer Energiequellen in Europa hat ergeben, dass das wirtschaftlich nutzbare Potential deutlich größer ist,

als derzeit in Europa an Strom verbraucht wird und auch für die Zukunft erwartet wird. Die erneuerbaren Energien reichen also aus, um unsere Zu-

kunft zu sichern!

Die Verwendung erneuerbarer Energien bedeutet aber auch, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Schon heute arbeiten in der Bundesrepublik 250 000 Menschen in diesem Bereich. Und es sind vor allem Arbeitsplätze in der Region, die damit geschaffen werden.

- Das Festhalten an der Kernenergie bremst die Weiterentwicklung moderner Techniken - wie den Einsatz erneuerbarer Energien.

Während Jahr für Jahr in Europa 550 Millionen Euro in die Atomforschung fließen, müssen sich die erneuerbaren Energien mit einem Bruchteil davon begnügen.



Was die Bayern-SPD will:

- Festhalten am Atomausstieg
- Förderung der Entwicklung von Technologien zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien
- Finanzielle Unterstützung zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien

Aus unserem Wahlprogramm – Aus unserem Wahlprogramm

Gegen eine Politik der sozialen Kälte

SPD-Versammlung mit Dr. Thomas Beyer



von links: Bürgermeister Rudi Jantke, Peter Aumeier, Dr. Thomas Beyer, Franz Gnadl

Unser Bayern ist ein reiches Land und ein schönes Land, aber es ist auch ein Land, in dem die Armut von immer mehr Bürgern durch die Staatsregierung einfach ausgeblendet und verschwiegen wird, betonte Dr. Thomas Beyer, stellvertretender Landesvorsitzender der Bayerischen SPD. In seiner Begrüßung der recht zahlreichen Besucher bei der ersten Veranstaltung im neu gestalteten Heftersaal betonte der Grassauer SPD-Vorsitzende Dr. Dieter Hahn, dass in Deutschland nach dem Armutsbericht der Bundesregierung 13 % der Bevölkerung von der Einkommensarmut betroffen seien, ohne die verschiedenen Sozialtransfers wären sogar 26%, d.h. jeder vierte Bundesbürger betroffen. Ein Zustand, der so nicht hinzunehmen sei.

Es scheine so zu sein, dass die Staatsregierung den Sozialbericht, die bayerische Variante des Armutsberichtes, nicht mehr vor der Wahl vorlegen werde, damit über die zunehmende Armut in Bayern nicht mehr vor der Wahl geredet werden könne, stellte Dr. Beyer fest. So seien allein 130 000 Kinder unter 15 Jahren von staatlichen Leistungen nach Hartz IV abhängig, das heiße

Leistungen in Höhe von 212 Euro im Monat. Daran habe sich auch trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs wenig geändert, breite Bevölkerungsteile haben von diesem Aufschwung in ihren Geldbörsen nichts verspüren können, so Dr. Beyer. Die Bayerische Verfassung spreche den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf auskömmliche Arbeit und würdevolle Existenz ebenso zu wie jedermann einen Anspruch auf Bildung. Dazu gebe die Verfassung auch eine wahrhaft soziale Marktwirtschaft vor, in der Wirtschaft nicht Selbstzweck sondern Dienerin der Gemeinschaft zu sein habe. Von all dem sei aber in der politischen Wirklichkeit in Bayern wenig zu spüren. Kinder aus einkommensschwachen Familien haben immer schlechtere Bildungschancen.

Jedes Kind hat ein Recht auf eine solide Ausbildung

Deshalb brauchen wir dringend eine Frühförderung der bildungsfernen Schichten, aber auch eine Ganztagschule, welche die Fähigkeiten unserer Jugend besser fördert. Der Staat habe die Aufgabe gerade denen zu helfen, welche sich selbst nicht helfen können, so insbesondere den Kindern und Jugendlichen. Jedes Kind habe ein Recht auf eine solide Ausbildung als Voraussetzung für die eigenständige Gestaltung des Lebens. So müsse die Gesellschaft mehr Mittel für die Bildung bereitstellen, betonte Dr. Beyer, um allen Jugendlichen optimale Voraussetzungen für den Berufsweg zu bieten. Die Investition in Bildung sei eine der sinnvollsten Investitionen, welche sich schon bald auszahlen werde.

Eine weitere Forderung zur Bekämpfung der Armut sei auch die Forderung nach einem Mindestlohn, wie er in fast allen westeuropäischen Ländern üblich sei. Denn wer den ganzen Tag arbeite, soll auch davon leben können. Dies sei eine Frage der Würde aber auch der wirtschaftlichen Vernunft, so Dr. Beyer. Unzureichende Einkommen während der Lebensarbeitszeit produzieren gleichzeitig eine Altersarmut mit großen Lasten für den Einzelnen und die ganze Gesellschaft. Hungerlöhne von heute sind Minirenten von morgen, dies müsse durch eine am Menschen orientierte Politik verhindert werden.

Wussten Sie schon...

dass laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 50% der Bevölkerung lediglich 2% des Vermögens, andererseits die wohlhabendsten 10% der Haushalte fast 60% des gesamten Vermögens besitzen.

Hilfe bei der Verkehrsentslastung Grassau durch Dr. Beyer

Bürgermeister Rudi Jantke freute sich, Dr. Thomas Beyer wieder in Grassau begrüßen zu können. Er habe vor einigen Jahren alle örtlichen Abgeordneten angeschrieben, bei der Entlastung vom Durchgangsverkehr von der Autobahn durch Bernau, Rottau und Grassau durch eine Umschilderung an der Autobahn zu helfen. Die einzige aktive Reaktion habe die Gemeinde von Dr. Beyer erhalten, der bei dem Problem über Gustav Starzmann eingeschaltet worden war. So vermittelte dieser ein Gespräch bei der Obersten Baubehörde und blieb immer wieder am Thema dran, mit dem Ergebnis der angestrebten Umschilderung. Nun hoffe Jantke, dass auch der nächste Schritt weitere Unterstützung durch Dr. Beyer erfahren werde, die Herabstufung der Bundesstraße zu einer Staatsstraße und umgekehrt eine Heraufstufung der Staatsstraße von der Autobahnausfahrt Grabenstätt bis zur Bauerkreuzung.

Politik für die und mit den Menschen

Franz Gnadt, Landtagskandidat der SPD aus Übersee beklagte, dass das Vertrauen der Bürger in die Politik oft nachhaltig gestört sei. Die Politiker müssen den Menschen wieder Tugenden, wie Ehrlichkeit, Mut und Gerechtigkeit vorleben und diese Werte unter Beteiligung aller Bürger auch in alle politischen Entscheidungen einfließen lassen. Dies könne sich nicht nur in einer wirkungsvollen Armutsbekämpfung in unserem so reichen Bayern zeigen, sondern auch im Kampf um eine Chancengerechtigkeit im Bildungswesen mit dem Erhalt wohnortnaher Schulen. Wir müssen weg vom starren dreigliedrigen Schulsystem hin zu individuellen Konzepten mit größerer Verantwortung für die Lehrerschaft, Eltern und Kommunen.

Mehr Offenheit und Demokratie auch auf Bezirksebene

Peter Aumeier, Kandidat für den Bezirkstag aus Kirchanschöring betonte in seinem Beitrag, dass sich die Stärke einer Gesellschaft darin zeige, wie sie mit Schwächeren und Benachteiligten umgehe. Die Verwirklichung gleicher Lebenschancen und gleichberechtigter Teilhabe an einem menschenwürdigen Leben - gerade auch für Menschen mit geistiger, seelischer und körperlicher Behinderung - stelle für seine Arbeit im Bezirkstag eine der großen Aufgaben dar. Dazu

trete er für mehr Offenheit und Demokratie auch auf Regierungsbezirksebene ein. Ein besonderes Bedürfnis für ihn sei zudem, den Gemeinden und Kreisen einen größeren finanziellen Spielraum zu verschaffen. So müsse die Bayer. Staatsregierung endlich ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen, indem sie gemäß

dem Konnexitätsprinzip auch für Kosten aufkomme, die sie selbst verursache. Mit einer Reform der Bezirke wolle Aumeier mehr

Selbstverwaltung und Bürgernähe. Damit werde viel Geld für die Verwaltung eingespart, dass dann wieder den bedürftigen Menschen zukommen könne.

Wussten Sie schon...

dass es in 20 von 27 Ländern der EU einen Mindestlohn gibt?

Pendelpolitik: Wahlgeschenke – Pendelpolitik: Wahlgeschenke

CSU ein Pendel!

Wahltaktik / Wahlgeschenke

Vor der Bundestagswahl 2005 forderte die CSU vehement die „**Reduzierung der Pendlerpauschale**“ (Prof. Kirchhof wollte sie sogar ganz abschaffen). Erwin Huber wurde so zum Totengräber der von der rot-grünen Regierung eingeführten Pendlerpauschale. Noch 2007, als die SPD eine Verbesserung zugunsten der Pendler erreichen wollte, stellte sich die CSU stur! Im Wahlkampf 2008 will die CSU nun die „Reduzierung der Pendlerpauschale“ wieder rückgängig machen.

Erst hat die CSU eines der schärfsten **Rauchverbote** in ganz Europa eingeführt. Jetzt im Wahlkampf merkt die CSU, dass auch die Raucher Wählerstimmen bringen und weicht daher die Bestimmungen auf, so dass nicht nur auf dem Oktoberfest wieder geraucht werden darf.

Eine der ersten Amtshandlungen Seehofer als Bundesagrarminister in der neuen Berliner Regierung war die Zulassung des vom US-Konzern Monsanto entwickelten Genmais. Seehofer förderte seit 2005 den Einsatz der grünen Gentechnik in Deutschland. Jetzt im Wahlkampf hat die CSU zum Anschein die Richtung gewechselt und fordert für Bayern den Ausstieg aus der grünen **Gentechnik**. Allerdings auch nur halbherzig: der begonnene Versuchsanbau soll laut CSU fortgesetzt werden!

Das sind nur drei Beispiele dafür, wie die CSU vor Wahlen ihre Meinung ändert und schwankt wie ein Pendel!

Energie – Energie – Energie – Energie – Energie – Energie –

Wer soll das bezahlen?

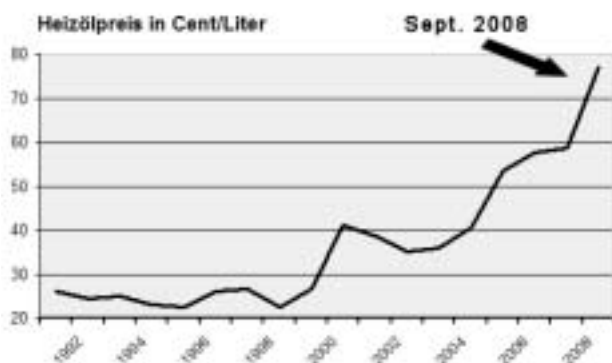
Der Dreiklang der Energiezukunft

Müssen wir im kommenden Winter erfrieren, weil die Heizung unbezahlbar wird? Müssen wir immer zu Hause bleiben, weil das Benzin immer teurer wird? Sitzen wir bald im Dunkeln?

Die Antwort der SPD auf diese Fragen ist klar und unmissverständlich:

- Nur der Dreiklang aus Energiesparen, Steigerung der Effizienz und der Abkehr von den zu Ende gehenden Energiequellen kann helfen.

Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht benötigt wird, der beste Liter Benzin ist der, der im Tank bleibt. Das fängt bei der Wärmedämmung unserer Wohnungen und Häuser an, geht weiter, wenn wir den Fuß ein bisschen vom Gas nehmen und zeigt sich auch, wenn wir Produkte kaufen, die aus unserer Region kommen. Denn regionale Kreisläufe reduzieren den Energieverbrauch.



Die im Rahmen des Ökomodells Achtal gestartete Energieberatung soll den Bürgern eine Starthilfe zur Sanierung der eigenen vier Wände geben. Ob Wärmedämmung, Einbau einer Solaranlage fürs Warmwasser oder Bau einer Photovoltaik zur Stromerzeugung – alle diese möglichen Schritte können zur Energieeinsparung führen und bedeuten gleichzeitig die Sicherung von Arbeitsplätzen vor Ort. Und Arbeitsplätze vor Ort tragen zur Energieeinsparung bei, weil nur kurze Fahrten zum Arbeitsplatz erforderlich sind.

Wer aber von uns mit dem Auto zur Arbeit fahren muss, der möge es einmal ausprobieren: statt 140 km/h nur noch 120 km/h zu fahren spart bis zu einem Viertel des Kraftstoffverbrauchs – und kostet nicht mehr als 5 Minuten auf dem Weg zur Arbeit. Auch die Fahrt mit der Bahn / dem Bus hilft sparen.



Effizienz steigern heißt, aus der gleichen Menge „Rohstoff“ mehr Energie heraus zu holen. Ein neuer Heizkessel hat einen viel höheren Wirkungsgrad als eine alte Anlage. Noch viel besser: Das geplante Biomasse-Heizkraftwerk in der Gemeinde ist nicht nur eine Maßnahme, um mit erneuerbaren Rohstoffen Wärme zu erzeugen. Damit verbunden ist auch eine Effizienzsteigerung bei der Wärmeerzeugung gegenüber den vielen Einzelanlagen.

Und letztendlich ist es wichtig, dass wir von Atom, Kohle und Öl weg kommen, Rohstoffe die alle zusammen unsere Umwelt gefährden und obendrein durch das absehbare Ende der Vorräte eine Kostenbombe sind. Der Ausbau der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien ist die Herausforderung unserer Zeit und ist überlebensnotwendig. Die Sonne meint es gut mit Bayern: 20 % mehr Sonnenstunden als im Bundesdurchschnitt. Deshalb müssen hier die Photovoltaik und Solarthermie zu Hause sein, ebenso wie Geothermie, Windkraft, Biomasse sowie Biogas aus der Land- und Forstwirtschaft und die traditionell starke Wasserkraft.

Das Problem Energiepreise erfordert ein Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen, wobei alle Lösungen sozial verträglich angegangen werden müssen.

Was die Bayern-SPD will:

- Verbindliche Klimaziele für Bayern vorgeben und die eingeleiteten Maßnahmen auf Wirksamkeit überprüfen
- Bürokratische Hemmnisse bei den Erneuerbaren Energien beseitigen und die Standortvorteile bei Photovoltaik, Solaranlagen, Erdwärme und Windkraft ausschöpfen
- Weg von Kohle und Öl! Raus aus der Atomkraft!
- Den öffentlichen Verkehr stärken und attraktiver machen
- Energie- und Umwelttechnik als Jobmotor nutzen

Staatsregierung vernachlässigt die Region – Staatsregierung

Tourismus

wichtiger Wirtschaftszweig in Bayern, aber vernachlässigt von der Staatsregierung

Vergeblich werden seit Jahren von den Betrieben und Verbänden des Tourismus in Bayern verstärkte Bemühungen der Staatsregierung angemahnt, um gegenüber den umliegenden Ländern wieder konkurrenzfähig zu werden. Die Hoffnungen, dass sich dies mit der kommenden Wahl ändern wird, werden bereits enttäuscht, wenn man erkennt, dass im Grundsatzprogramm der CSU vom 28. September 2007 auf 195 Seiten das Wort Tourismus nur einmal auf Seite 121 erwähnt wird. Dort steht

„Die CSU will die Zusammenarbeit von Naturschutz, Tourismus und Land- und Forstwirtschaft verstärken ...“

Diese Absichtserklärung ist ein alter Hut - aber warum geschieht da nichts auf diesem Wege? Die Bedeutung des Themas für die CSU zeigt sich sogar im Stichwortverzeichnis, denn hier fehlt es schon wieder. Auch das Wahlprogramm der CSU zur kommenden Landtagswahl hilft nicht viel weiter. Hier heißt es

„Tourismus fördern: Wir werden die erfolgreiche Entwicklung Bayerns als Tourismusland Nummer 1 in Deutschland mit neuen Impulsen forcieren...“

Warum hat man das nicht schon in der letzten Regierungsperiode getan, sondern speist die Tourismusbetriebe nun wieder mit Versprechungen ohne inhaltliche Substanz ab?

Dazu hat man noch immer nicht gemerkt, wie brisant sich der Tourismus im ländlichen Raum in den letzten Jahren abwärts entwickelt hat, sondern spricht von einer erfolgreichen Entwicklung. Die Zahlen besagen das Gegenteil. Dies bewegte auch Peter Stocker, den Vorsitzenden des Hotel- und Gaststättenverbandes im Landkreis Traunstein, dazu in einem offenen Brief vom 20. August 2008 die CSU Landesleitung für ihr Nichtstun im Tourismus zu tadeln.

„Weil die Zahl der Gäste laufend zurückgeht, wird uns mehr und mehr die wirtschaftliche

Grundlage für bescheidene Eigeninvestitionen entzogen. Zahlreiche Geschäfte und Lokale stehen leer und Gewerbetreibenden und Handwerkern gehen naturgemäß die Aufträge aus. Ehemals blühende Dörfer beginnen zu veröden.

Und die CSU trägt durch Nichtstun seit vielen Jahren ein kräftiges Scherflein dazu bei..... Tourismus, ein Wirtschaftszweig mit Problemen? Nicht, dass wir wüssten!“

Während 1991 noch 6,4 Millionen Übernachtungen im Landkreis Traunstein gezählt wurden, waren es im letzten Jahr nur noch 4,15 Millionen, also ein Verlust von 35 %, eine Tendenz, die sich in allen Tourismusregionen Bayerns zeigt.

Die Bedeutung des Tourismus erkennt man im Landkreis schon allein in dem tourismusbedingten Umsatz aller Beherbergungsbetriebe in einer Höhe von 250 Millionen Euro. Dieser Wirtschaftszweig mit fast 6000 Beschäftigten in unserem Landkreis braucht ein Höchstmaß an Anstrengungen. Man braucht neue starke Strukturen, welche im internationalen Wettbewerb bestehen können. Man braucht neue Ideen, denn

allein das Kopieren der erfolgreichen Tourismuspolitik der umliegenden Länder wird nicht zum Erfolg führen. Wir müssen uns auf die Stärken unserer Region im Tourismus besinnen und diese weiter ausbauen. Der

Tourismus braucht aber auch gezielte langfristige Förderung durch die Politik und den Abbau der Benachteiligungen gegenüber dem europäischen Ausland. Dadurch kann der lange schon bestehende Investitionsstau in der Branche aufgehoben werden.

Gerade in einer Zeit, in der auch wegen der gestiegenen Benzinkosten die Deutschen vermehrt Urlaub in Deutschland machen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um diese Gäste auch langfristig durch qualitativ hochwertige Angebote zu binden und sie durch hohe Servicequalität zu überzeugen.

Über die Gründung einer Interessengemeinschaft im Juni 2008 mit 21 Betrieben versucht der Gaststättenverband nun einen Zusammenschluss der Tourismusverbände in den Landkreisen Traunstein und Rosenheim zu erreichen. Die Bündelung der Finanzen und der gesamten touristischen Kräfte soll helfen, den Rückgang der Übernachtungszahlen in unserem Gebiet wirkungsvoll zu bremsen.



Arbeitsplätze – Arbeitsplätze – Arbeitsplätze – Arbeitsplätze –

Schöller - Ruwel und nun Lamitec Dielectra

Vor 30 Jahren endete in Grassau die Geschichte der Radiowerke Körting mit teils mehr als 2000 Beschäftigten. Im September 1978 übernahm



die jugoslawische Firma Gorenje den Betrieb. Schon fünf Jahre später schloss diese Firma ihren Standort in Grassau. 1983 startete im Be-

triebsgelände auch die Firma Katek und entwickelte sich sehr positiv über die Jahre mit steigenden Mitarbeiterzahlen.

1985 startete auch die Firma Schöller mit dem Aufbau der Anlagen zur Produktion von gedruckten Schaltungen und ging dann 1986 in Betrieb. Nach dem Übergang zur Firma Ruwel wechselt nun nach Jahren der Ungewissheit schon wieder der Betreiber der Firma und ein

Teil der ursprünglich 200 Beschäftigten soll übernommen werden. Manch einer der Belegschaft erlebt nun schon das fünfte Mal das Ende seiner Firma. Man kann den Beschäftigten nur wünschen, dass sie neben einem sozial abgefederten Übergang in die neue Firma nun endlich einen sicheren Arbeitsplatz erhalten. Der Firma kann man wünschen, dass sie die selbstgesteckten Ziele erreicht und schon bald die Produktion voll aufnehmen kann und auch die Belegschaft wieder auf den

den alten Stand aufstocken kann.

SPD-Kinder- und Familienfest – SPD-Kinder- und Familienfest – SPD-Kinder- und Familienfest – SPD-Kinder- und Familienfest

SPD-Familienfest Zauberhaftes Kinder- und Familienfest der SPD Grassau

Dort, wo die meisten Familien in Grassau wohnen, im Siedlungsbereich, dort fand auch wieder das große Familienfest der Grassauer SPD statt. Viele Grassauer folgten dem Ruf und genossen es bei strahlendem Sonnenschein, Kaffee und Kuchen den Kindern beim Toben und Spielen zuzusehen. Xaver Schreiner und Susi Speckbacher hatten alle Hände voll zu tun, die fordernden Kinder bei den verschiedensten Geschicklichkeitsspielen anzufeuern und zu unterweisen. Neben Sackhüpfen und Langski Geschicklichkeitslaufen (4 Kinder auf 2 Ski) wurde auch eine Schaumkuss- Wurfmaschine in Gang gesetzt. Natürlich winkten den Siegerkindern kleine Preise, die die Spiele noch etwas interessanter machten.

Als besondere Überraschung und zugleich Höhepunkt des Festes trat im schwarzen Pfadfinderzelt der Zauberer Fox aus Rosenheim auf, der die Kinder aber auch die Erwachsenen mit seinen Kunststücken verblüffte.

Die SPD Damen versorgten die Festgäste mit hausgemachten Kuchen, Wurstsemmeln und Butterbrezen und verkauften Kaffee und alkoholfreie Getränke. Besonders groß war auch der Andrang beim Kinderschminken und selbst Erwachsene ließen sich ein abwaschbares Tattoo aufmalen. Auch die große Hüpfburg wie auch die Weltkugel war sehr begehrt bei den Kindern.

Weder Kosten noch Mühen habe man gescheut, so sagte Xaver Schreiner zur Begrüßung der Gäste und des Zauberers, um den Familien einen vergnüglichen Nachmittag zu bereiten. Dies ist ihm mit seinen Freunden und Helfern auch wieder einmal hervorragend geglückt.

(Siehe auch Rätsel auf der letzten Seite.)

Mitfahren und Energie sparen – Mitfahren und Energie sparen – Mitfahren und Energie sparen – Mitfahren und Energie sparen

Vorbildliches Beispiel zum Energiesparen!

Fahren und sparen – Mitfahrzentrale für den Landkreis Traunstein

Im September 2007 wurde die lokale Mitfahrzentrale für den Landkreis Traunstein (MiFaZ) der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel der MiFaZ ist die Verringerung des Individualverkehrs und damit verbunden eine Reduzierung von Staus, Lärm, Feinstaub und vor allem des Klimagiftes CO₂. Die Bildung von Fahrgemeinschaften trägt nachweislich zur Verkehrsentslastung bei. Die Nutzer sparen neben Emissionen auch noch bares Geld in nicht unerheblichem Maße.

Die MiFaZ-Vorteile:

- Als Nutzer sparen Sie bares Geld: Pendler, die täglich 25 km fahren, sparen mit einer Fahrgemeinschaft ca. 50,- Euro im Monat.
- Sauberere Luft durch weniger Schadstoffe.
- Weniger Lärm, weniger Staus durch ein geringeres Verkehrsaufkommen.

www.mifaz.de/TS oder **www.grassau.de** (unter Bürgerservice und Rathaus)

Die Online-Mitfahrzentrale "MiFaZ" steht von der Stadt München bis in den Landkreis BGL als attraktive Mitfahrbörse zur Verfügung.

Mitfahrzentralen leben vom Mitmachen! In nur 3 Minuten können Sie sich **kostenlos** und ganz unbürokratisch anmelden. MiFaZ ist nicht nur für Pendler, sondern auch für einmalige oder gelegentliche Fahrten geeignet.

Probieren Sie es einfach aus!

Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – R

Des Rätsels Lösung:

Wenn Sie die Lösung gefunden haben, bitte unten eintragen

Das SPD-Kinder- und Familienfest findet statt seit

Sie möchten nicht länger zuschauen, sondern mitmachen bei der SPD ? Dann wenden Sie sich an Dr. Dieter Hahn ☎ 4602 oder an ein SPD-Mitglied, das Sie persönlich kennen oder schriftlich an den SPD-Ortsverein Grassau:

- ☐ Ich interessiere mich für die kommunalpolitische Arbeit der SPD Grassau
- ☐ Ich möchte das kommunalpolitische Programm der SPD Grassau zugeschickt haben
- ☐ Ich möchte Mitglied der SPD werden.

Absender:

.....
Vorname, Name

.....
Telefon

.....
Straße

.....
Ort

An

SPD - Ortsverein Grassau
z. H. Dr. Dieter Hahn

Ringstrasse 44
83224 Grassau



Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – R

Rätsel

Seit welchem Jahr findet das SPD-Kinder- und Familienfest statt? 1991 / 1998 / 2006?



Sehr beliebt: Künstler Ossi Manhardt in Aktion



Der Kinderfestklassiker Sackhüpfen



Koordination ist alles: Vier Kinder laufen auf einem Paar Ski

Die Kinder schauen im Zelt gespannt dem Zauberer Fox aus Rosenheim zu



Erst- und Zweitstimme für die SPD, damit es in Bayern gerechter zugeht! – Erst- und Zweitstimme für

BEIDE STIMMEN SIND WICHTIG!

DENN BEIDE STIMMEN ZÄHLEN!

Mit Erst- und Zweitstimme entscheiden Sie als Wähler(in), wie viele Abgeordnete die SPD in den neuen Bayerischen Landtag schickt.

Für die Sitzverteilung sind beide Stimmen gleich wichtig - sie werden zusammengezählt. Daraus wird für jeden Wahlkreis (Regierungsbezirk) ermittelt, welche Partei wie viele Abgeordnete ins Maximilianeum schickt. Die Erststimme (ein Kreuz!) wird auf dem kleinen Stimmzettel abgegeben. Mit ihr wählen die Bürger die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten der SPD in ihrem örtlichen Stimmkreis.

Die Zweitstimme oder Wahlkreis(listen)stimme (Achtung nur ein Kreuz!) wird auf dem großen Stimmzettel abgegeben. Mit ihr wählen die Bürger eine Bewerberin oder einen Bewerber aus der Wahlkreisliste der SPD in Oberbayern.

Für den Bezirkstag gelten die gleichen Wahlgrundsätze wie für den Landtag. Auch hier wird in Wahlkreisen und Stimmkreisen gewählt. Und Sie haben auch für den Bezirkstag zwei Stimmen.

BRIEFWAHL NUTZEN - Wer nicht wählt, überlässt das Feld den anderen. Deshalb Briefwahl nutzen. Die Briefwahlunterlagen gibt es im Rathaus unserer Gemeinde.

SIE HABEN NICHTS ZU VERSCHENKEN!

Bei Landtags- und Bezirkswahlen:

Erst- und Zweitstimme für die SPD, damit es in Bayern gerechter zugeht!